



An den Grossen Rat

15.5549.02

Petitionskommission

Basel, 18. Mai 2016

Kommissionsbeschluss vom 18. Mai 2016

Petition P 344 "Für ein lebendiges Basel"

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat in seiner Sitzung vom 9. Dezember 2015 die Petition „Für ein lebendiges Basel“ der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

1. Wortlaut der Petition

Unsere Kultur verdient mehr Anerkennung! Hohe Auflagen und eine enge Auslegung von Richtlinien widersprechen liberalen Rahmenbedingungen, die für ein kreatives, professionelles und innovatives Arbeiten von Kulturschaffenden nötig sind. In Basel besteht generationenübergreifend ein ungebrochener Bedarf nach Begegnung auch zu später Stunde. Das anstehende Ende mehrerer Zwischennutzungen zeigt den dringenden Handlungsbedarf auf.

Die Unterzeichnenden fordern von Regierungsrat und Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt:

- **Mehr Freiheit:** *Die Vorgaben für die Nutzung des öffentlichen Raums, Bauvorschriften sowie die Umsetzung des Lärmschutzes beschneiden die kulturelle Freiheit zu stark! Regierungsrat und Verwaltung müssen verpflichtet werden, ihren Handlungsspielraum zu Gunsten der Kultur zu nutzen und aktiv rechtliche Verbesserungen herbeizuführen.*
- **Mehr Anerkennung:** *Die zeitgenössische Musik- und Clubkultur muss als Standort- und Wirtschaftsfaktor anerkannt, entsprechend berücksichtigt und weitsichtig gefördert werden. Die Alternativ-, Jugend-, Pop-, Sub- und Clubkultur muss in politische und administrative Prozesse eingebunden werden. Daneben braucht es Platz für Freiräume ohne Konsumzwang und Überregulierung.*
- **Bessere Bedingungen:** *Der Kanton muss die Rahmenbedingungen für kulturelle Ideen, Projekte und Initiativen verbessern. Insbesondere Bewilligungsprozesse sind zu vereinfachen und transparenter zu gestalten. Kreative sollen bei der Bewilligungseingabe und Raumfindung für ihre Projekte aktiv unterstützt werden.*

2. Abklärungen der Petitionskommission

2.1 Hearing vom 13. Januar 2016

Am Hearing nahmen teil: Der Präsident des Vereins *Neues JKF – Jugendkulturfestival Basel* und ein Mitglied des Vereins *Bebbi wach uff!* als Vertretende der Petentschaft sowie der Regierungsratspräsident und Vorsteher des Präsidentsdepartements (PD), der Leiter Abteilung Kultur (PD), der Leiter Amt für Umwelt und Energie (WSU) und der Leiter Allmendverwaltung (BVD).

2.1.1 Argumente der Vertretenden der Petentschaft

Die Petition „Für ein lebendiges Basel“ wurde vom Verein *Bebbi wach uff!*¹ und *Kulturstadt Jetzt*² im Zusammenhang mit mehreren im Herbst 2015 angekündigten Musikclubschliessungen lanciert. Hinter das in der Petition festgehaltene Anliegen stellen sich im Weiteren alle Jungparteien des Kantons Basel-Stadt. Die Vertretenden der Petentschaft betonen, dass innerhalb von rund vier Monaten mehr als 10'000 Unterschriften für diese Petition gesammelt werden konnten. Die Alternativ- und Jugendkultur soll ihren Platz haben und entsprechende Anerkennung erhalten. Der Petition liegen drei – bewusst sehr offen gefasste – Hauptanliegen zu Grunde: Mehr Freiheit, mehr Anerkennung und bessere Bedingungen. Ebenfalls feststellen lassen sich, dass bei den Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren offensichtlich ein grosses Bedürfnis nach Räumlichkeiten für einen (unbeaufsichtigten) Aufenthalt ohne Konsumzwang bestehe. Auch hierfür setze sich diese Petition ein.

Positiv zeige sich aktuell am Beispiel des Musikclubs *Hinterhof*, dass die Verwaltung offenbar durchaus über einen gewissen Handlungsspielraum verfüge. Der Lösung, welche sich beim Musikclub *Hinterhof* ergeben habe (ein neuer Mietvertrag über fünf Jahre Laufzeit), komme keine Allgemeingültigkeit zu und es bestehe nach wie vor Handlungsbedarf. So handle es sich um einen Einzelfall, weitere positive Entwicklungen in Basel sind gefragt und gewünscht.

Die Vertretenden der Petentschaft anerkennen, dass es sich bei der Clubkultur durchaus um einen kommerziellen Geschäftsbereich handelt, jedoch schaffe dieser zugleich einen grossen kulturellen Mehrwert. Die Musikclubs *Hinterhof* und *Nordstern* geniessen internationales Renommee. Diese Basler Clubs fungieren in diesem Sinn gewissermassen als Leuchttürme der Alternativkultur und würden damit zur Standortattraktivität beitragen. Der Kanton sollte aus diesem Grund eine unterstützende Strategie verfolgen. Es werden jedoch keine Subventionen für diese Clubs gefordert, stattdessen sollten bessere Bedingungen geschaffen werden.

Bei Zwischennutzungen gebe es teilweise sehr grosse Hürden und es müsse viel Geld investiert werden, wobei gerade junge Leute nicht über den notwendigen finanziellen Background verfügen. Momentan müsse für die Eröffnung eines neuen Clubs in Basel ein etwa sechsstelliger Betrag investiert werden. Die Petentschaft spricht sich dagegen aus, dass es einer finanziellen Elite vorbehalten sein soll, solche Räume zu schaffen.

Als wichtiges Anliegen sollte die Zwischennutzungsstelle bei der Verwaltung sichtbar sein, damit auch junge Menschen wissen, dass es diese Stelle gibt und dort Ideen und Anliegen platziert werden können. Seit der ersten Petition von *Kulturstadt Jetzt* (Petition P 189 „Kulturstadt jetzt“, Geschäfts-Nr. 03.7464.01) spreche die Verwaltung von dem sogenannten One Stop Shop. Bis heute gebe es nach wie vor nicht eine einzelne Ansprechperson auf Verwaltungsseite.

Die Vertretenden der Petentschaft streichen weiter heraus, dass sie sich von der Basler Verwaltung als Mitglied des *Cercle Bruit Schweiz*³ (= Vereinigung kantonaler

¹ Der Verein *Bebbi wach uff!* wurde im September 2015 im Zuge mehrerer angekündigter Musikclubschliessungen von rund zehn Personen gegründet. Website Verein *Bebbi wach uff!*: <http://bebbiwachuff.ch/>.

² Website *Kulturstadt Jetzt*: <http://kulturstadt-jetzt.ch/>.

³ Website *Cercle Bruit Schweiz*: http://www.cerclebruit.ch/?inc=who_we_are&lang=de
Broschüre zu Lärm: <http://www.bs.ch/publikationen/aeue/Laerm.html>

Lärmschutzfachleute) wünschen, dass sich der Kanton Basel-Stadt in diesem Gremium für eine möglichst liberale Auslegung des Bundesgesetzes einsetzt. Die Verwaltung sollte sich nicht hinter den Richtlinien des *Cercle Bruit Schweiz* verstecken, sondern im Rahmen dessen nach neuen Lösungen suchen. Momentan falle der Lärmempfindlichkeitsstufenplan (LESP) im Vergleich mit anderen Schweizer Städten ziemlich streng aus. Die Innenstadt werde viel zu konservativ bewertet, sie sollte – wie in Zürich – der Zone 3 zugewiesen werden. Diese Ansicht teilen auch das Gewerbe und der Wirtverband Basel-Stadt.

Es sei wünschenswert, dass innerhalb der Verwaltung, aber auch bei den verwaltungsnahen Betrieben, ein Bewusstsein für Jugendkultur geschaffen werde. Dieses Bewusstsein könnte beispielsweise mit der Schaffung eines Runden Tisches gestärkt werden, indem im Halbjahrestakt ein Austausch gepflegt und mögliche Nutzungen (auch für kleinere Projekte) geprüft werden. In anderen Städten finden sich Beispiele für kreative Lösung (bspw. ein Nachtbürgermeister in Amsterdam), Basel könnte hier als Beispiel vorangehen. Eine allfällige Organisation eines Runden Tisches wäre Aufgabe der Verwaltungsstellen.

Weiter richte sich die Petition nicht nur an die Regierung und Verwaltung, sondern auch an den Grossen Rat. Auch dieser sollte die hier formulierten Anliegen aufgreifen.

2.1.2 Argumente der Vertretenden der Verwaltung

2.1.2.1 Der Vorsteher des Präsidialdepartements und der Leiter Abteilung Kultur (PD)

Der Vorsteher des Präsidialdepartements (PD) stellt fest, dass die Petition sehr umfassend ausfalle und sich fast auf den gesamten Kulturbereich beziehe. Mit dem Anliegen, sich für gute Rahmenbedingungen für junge Kulturschaffende einzusetzen, zeige sich die Regierung einverstanden.

Der Anlass für diese Petition (die drohende Schliessung der beiden Musikclubs *Hinterhof* und *Nordstern*) habe sich mit der Vertragsverlängerung für den *Hinterhof* etwas relativiert. Bei den Musikclubs handle es sich letztlich um einen Markt und dieser Markt spiele, so eröffneten kürzlich wieder mehrere neue Clubs in Basel. Da die Clubs kommerziell sind, fallen sie nicht unter den Bereich der Kulturförderung, auch wenn an diesen Orten durchaus Kultur geschaffen werde. Es lasse sich feststellen, dass es sich bei der Clubkultur um eine sehr lebendige, sich ständig verändernde Kulturform handelt.

Viele der Clubs seien zudem in Zwischennutzungen beheimatet oder als Zwischennutzungen betitelt, insofern sind solche Angebote von Beginn an zeitlich begrenzt. Hierzu könne das NT-Areal, der Hafen (= Klybeck-Halbinsel), der *Hinterhof* und der *Nordstern* gezählt werden. Solchen Zwischennutzungen kommen demgemäss Vor- und Nachteile zu. Wichtig sei es, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die für alle die gleiche Gültigkeit haben.

Im Bereich des Bewilligungswesens bemühte sich die Verwaltung bereits aktiv um eine Vereinfachung. Für jeden Veranstalter sollte es nach Möglichkeit nur eine Ansprechperson geben, welche den Prozess innerhalb der Verwaltung koordiniert. Hier bestehe aber noch möglicher Optimierungsbedarf.

Weiter sei ein Runder Tisch zwecks gemeinsamen Austauschs denkbar. So stellen beispielsweise die von *Kulturstadt Jetzt* durchgeführten „Nachtungen“ einen klaren Gewinn dar.

In Bezug auf die Themen Konsumzwang und Freiraum scheine das Angebot in Basel nicht so schlecht, so gebe es Jugendtreffpunkte, das Unternehmen Mitte, die Kaserne Basel, Zwischennutzungen und Buvetten am Rhein. Insgesamt bemühe man sich um entsprechende Angebote. Womöglich sei das Modell der Jugendtreffpunkte und des Sommercasinos nicht mehr aktuell und vielleicht suchen heute bereits jüngere Jugendliche solche Angebote.

Der Leiter der Abteilung Kultur (PD) verweist darauf, dass es sich bei dieser Diskussion nicht um ein baselspezifisches Phänomen handle, diese Fragen stellen sich in vielen sich verdichtenden

und wachsenden Städten. Diese Diskussion sei auf jeden Fall ernst zu nehmen. In Bezug auf die eher allgemeine Forderung für offene und gute Rahmenbedingungen für Kulturschaffende, weise Basel bereits sehr viele Angebote auf. Jene Forderungen, welche sich spezifisch auf Musikclubs und Nachtleben beziehen, sei durchaus Aufmerksamkeit zu schenken. Die Anerkennung des Nachtlebens und der Clubkultur könnte womöglich gestärkt werden, sei es beispielsweise im Rahmen des Kulturleitbilds oder an einer anderem Stelle. Eine adäquate Form der Anerkennung müsste gefunden werden.

In der bereits bestehenden Fachgruppe Zwischennutzungen wurde auch schon der Umgang mit allfälligen Nachfolgelösungen für Zwischennutzungsprojekte diskutiert. Die Suche nach einer allfälligen Nachfolgelösung müsse aber letztlich stets bei den Clubbetreibern liegen, die Verwaltung könne allenfalls bei der Suche Hilfestellung bieten. Mit Hilfe eines Runden Tisches könnte ein solcher Dialog womöglich bewusster und kontinuierlicher geführt werden.

Der Leiter der Abteilung Kultur bestätigt, dass eine periphere Lage nicht zwingend mit einer ungestörten Zone gleichgesetzt werden könne. Die Kaserne Basel bilde in diesem Zusammenhang einen wichtigen Ort, da die bereits bestehende Piazza-Situation einen gewissen Schutz vor Lärmemissionen biete. Freiräume ohne Konsumzwang seien beispielsweise bei der Projektplanung zum Umbau der Kaserne ein wichtiges Thema.

2.1.2.2 Leiter Amt für Umwelt und Energie (WSU) und der Leiter Allmendverwaltung (BVD)

Der Leiter des Amtes für Umwelt und Energie (AWA, WSU) streicht heraus, dass das AWA Ideen und Projekte nicht einfach verhindern wolle, sondern ermöglichen. Es ergeben sich aber teilweise Nutzungskonflikte, so fallen mit zunehmender Nutzungsdichte innerhalb der Stadt mögliche neue Probleme an.

Beim *Cercle Bruit Schweiz* handle es sich um eine Vollzugsplattform auf Bundesebene. Hier treffen sich die kantonalen Vollzugsstellen und konkretisieren die Ausgestaltung des Vollzugs der Umweltgesetzgebung, da die Bundesgesetzgebung in diesem Bereich nicht sehr konkret ausfalle. Die definierten Immissionsgrenzwerte für Lärm sind messbar, deren Einhaltung könne deswegen auch eingefordert werden. Aus diesem Grund sollte bereits bei der Planungsphase eines Clubs ausgeschlossen werden, dass diese Grenzwerte überschritten werden. Diese Grenzwerte stehen aber auch mit dem Lärmempfindlichkeitsstufenplan (LESP) in Zusammenhang. Eine allfällige Anpassung des LESP müsste auf politischer Ebene erfolgen.

Der Leiter der Allmendverwaltung (BVD) betont, dass seit mehreren Jahren mit einzelnen Veranstaltern im Sinne möglichst guter Lösungen ein Dialog geführt werde. Früher musste ein Gesuchsteller tatsächlich bei zahlreichen Instanzen einzelne Bewilligungen einholen. Dies sei heute anders, die verschiedenen Instanzen werden koordiniert und es ergeht eine Gesamtbewilligung. Die Annahme sei jedoch illusorisch, dass bei einer grösseren Veranstaltung die Allmendverwaltung über alles Wissen allein verfügen könne. So sei man verwaltungsintern nach wie vor auf das Wissen entsprechender Fachinstanzen angewiesen und gewisse Direktgespräche (zwischen Veranstalter und Fachinstanzen) seien notwendig. Das Bestreben nach einem One Stop Shop sei jedoch im Grundsatz vorhanden, weitere Optimierungen sind möglich.

In Bezug auf die Speziellen Nutzungspläne (NöRG) bestehe der Auftrag, die Bespielungspläne in eine gesetzliche Regelung zu überführen, momentan finde die öffentliche Planaufgabe statt. Zuvor fand ein Dialoganlass statt, bei welchem es zu einem Austausch zwischen allen Stakeholdern kam.

3. Erwägungen der Petitionskommission

Die Petitionskommission stellt fest, dass die Petition sehr umfassend ausfällt. Einerseits sei die Jugendkultur bereits Teil des kantonalen Kulturkonzepts, beispielsweise mit der Jugendkulturpauschale. Jedoch zeige sich auch, dass ein spezielles Augenmerk auf die

Bedürfnisse Jugendlicher gerichtet werden muss. Im Sinne eines Jugendkulturberichts wünscht sich die Kommission zu folgenden Punkten eine detaillierte Stellungnahme der Regierung:

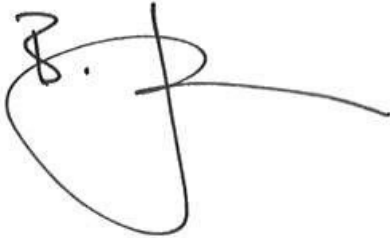
- **One Stop Shop:** Der One Stop Shop wurde bereits mehrmals diskutiert. Die Kommission wünscht sich eine Information über den aktuellen Stand dieses Projekts. Von Interesse ist auch, welche und wie viele Projektgesuche in den vergangenen Jahren abgelehnt wurden und ob Jugendliche gegenüber Erwachsenen durch Interventionen der Behörden benachteiligt werden.
- **Zwischennutzungen:** Welche Zwischennutzungen und kulturellen Hotspots bestehen in der Stadt Basel, erwünscht ist ein Überblick.
- **Räume ohne Konsumzwang:** Die Kommission wünscht sich einen Überblick über die bestehenden Räume und Örtlichkeiten, an welchen sich Jugendliche im Alter zwischen 16 und 18 Jahren ohne Konsumzwang – gerade auch im Winter – aufhalten können. Weiter ist eine Einschätzung erwünscht, ob die bestehenden Jugendhäuser und deren Angebote den aktuellen Bedürfnissen Jugendlicher nach wie vor entsprechen.
- **Runder Tisch:** Die Petentschaft nennt das Bedürfnisse nach einem Runden Tisch, welcher in zeitlich regelmässigem Abstand einen Austausch ermöglicht. Dieser sollte auch als Plattform dienen, um über Zwischennutzungen und vorhandene, sowie zukünftige Möglichkeiten diskutieren zu können. Hierbei sollen sowohl grosse wie kleinere Projekte diskutiert werden können, gefragt sind kreative Lösungen. Von der Regierung erbeten ist eine Prüfung dieses Anliegens.
- **Kulturleitbild:** Findet die Jugendkultur im Kulturleitbild des Kantons BS bereits Erwähnung oder müsste das Thema allenfalls bei einer Überarbeitung miteinbezogen werden.
- **Lärm:** Inwieweit legt der bestehende Lärmempfindlichkeitsstufenplan (LESP) der Jugendkultur allenfalls Hindernisse in den Weg?

Die Kommission ist sich einig, dass die Jugendlichen letztlich zu den schwächeren Playern zu zählen sind und deren Anliegen mit Ernsthaftigkeit begegnet werden sollte. Die PetKo erachtet es als notwendig, dass Regierung und Verwaltung für die spezifischen Anliegen junger Menschen sensibilisiert werden. Die regierungsrätliche Stellungnahme soll im Sinne eines Jugendkulturberichts ausfallen.

4. **Antrag**

Die Petitionskommission beantragt einstimmig, vorliegende Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert einem Jahr zu überweisen.

Im Namen der Petitionskommission

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized loop on the left and a long horizontal stroke extending to the right.

Dr. Brigitta Gerber
Präsidentin